

Stadtarchiv Ratingen

Projekt: Zeitenblicke. Alltag und Politik in der Weimarer Republik im Spiegel der  
Lokalpresse

# **Die Weimarer Republik (1918-1933)**

Ekaterine Horn

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Die Anfangsphase (1918-1920): Die politische Neuorientierung – Von der Novemberrevolution bis nach dem Kapp-Putsch	3
2. Die Krisenjahre (1921-1925)	
2.1 Linksradikale Gegenaktion und politische Morde	6
2.2 Die französische Besetzung	7
3. Die Zeit der wirtschaftlichen Erholung und der politischen Konsolidierung bis zur Weltwirtschaftskrise (1924-1929)	9
4. Die Weltwirtschaftskrise und das Ende der Weimarer Republik (1929-1933)	11

## 1. Anfangsphase (1918-1920)

### Die politische Neuorientierung – Von der Novemberrevolution bis nach dem Kapp-Putsch

Die Weimarer Republik war der erste praktizierte Versuch in der deutschen Geschichte, auf dem Boden des Deutschen Reiches eine demokratische Staatsform zu errichten. Von Anfang an aber stand die neue Republik unter keinem guten Stern, da sie mit dem Schatten des verlorenen Krieges belastet war. Die Annahme des von den USA vermittelten *Waffenstillstandes*, der Deutschland die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen untersagte und praktisch einer Kapitulation gleichkam, bedeutete das Eingeständnis der militärischen Niederlage. Dieses plötzliche Bekenntnis, nachdem jahrelang und bis zuletzt die Oberste Heeresleitung nur Optimismus und Siegesmeldungen verbreitet hatte und nun überraschend sofortige Waffenstillstandsverhandlungen forderte, rief Empörung bei den Politikern und der Bevölkerung hervor. Die für den Zusammenbruch verantwortlichen Generäle setzten die *Dolchstoßlegende* in Umlauf, die der Heimat die Schuld an der Niederlage zuschob. Vor allem die extremen Nationalisten vertraten die Auffassung, dass das deutsche Heer im Felde unbesiegt geblieben, die Heimat der kämpfenden Front in den Rücken gefallen und die Front von hinten erdolcht worden sei. Die Dolchstoßlegende erfuhr rasch eine außerordentliche Verbreitung und entwickelte sich schon 1919 zur Kampfparole der politischen Rechten.

Am 3. Oktober 1918 wurde vom Reichskanzler Prinz Max von Baden die erste Regierung auf parlamentarischer Basis gestellt. Die militärische Weigerung der Matrosen Ende Oktober 1918, die einen von der Marineleitung geforderten Einsatz gegen die britische Flotte für sinnlos hielten, löste in den Hafenstädten einen großen Aufruhr aus. Die Meuterei erfasste bald die Garnisonen in den Binnenstädten und die Arbeiterschaft in den Industriestandorten. Vom Matrosenaufstand war der Impuls der Revolution in wenigen Tagen auf fast alle Städte im Reich ausgedehnt. Überall bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die die unverzügliche Beendigung der Feindseligkeiten und den Thronverzicht des Kaisers forderten. Die Welle der Bewegung zur Revolution erreichte auch München, wo am 7. November als erste die bayerische Dynastie der Wittelsbacher gestürzt wurde. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem Herzog von Braunschweig und dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin. Am 9. November 1918 verkündete der Reichskanzler Prinz Max von Baden unter dem Druck der Massen die Abdankung des Kaisers und übergab die Regierungsgeschäfte an Friedrich Ebert, den Führer der Mehrheitsdemokraten. Daraufhin rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann von einem Fenster des Reichstagsgebäudes die "Deutsche Republik" aus. Der

Führer des *Spartakusbundes*, Karl Liebknecht, proklamierte wenig später vor dem Berliner Schloss die "Sozialistische Republik".

Eberts Ziel war es, mit den Führern der USPD die Einheit der Arbeiterbewegung wiederherzustellen, eine parlamentarische Demokratie zu errichten und die extrem linken Gruppen wie den Spartakusbund zu isolieren. Als erste provisorische Regierung wurde am 10. November 1918 *der Rat der Volksbeauftragten* gebildet. Über die Neugestaltung der Staatsform sollte die Reichsrätekonferenz im Dezember entscheiden. Die Mehrheitssozialisten forderten die Errichtung des bürgerlich-parlamentarischen Verfassungsstaates und wollten durch die Isolierung der extremen linken Gruppen eine Radikalisierung der Revolution nach russischem Vorbild verhindern. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und der aus ihr entstandene Spartakusbund unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg strebten eine Räterepublik an, in der alle Macht nach dem russischen Muster den Räten übertragen werden sollte.

Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 in Berlin befürwortete die *Wahlen zur Nationalversammlung*. Damit entschied man sich für die parlamentarische Demokratie und gegen Rätssystem und Sozialisierung. Weihnachten 1918 wurde ein Matrosenaufstand in Berlin durch die von Ebert angeforderten Truppen der alten Armee niedergeworfen. Nach dem von ihm am 10. November 1918 geschlossenen Pakt mit der Obersten Heeresleitung konnte die Regierung Offiziere und Freiwilligenverbände des ehemaligen kaiserlichen Heeres zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung einsetzen. Aus Protest hiergegen verließen die drei USPD-Vertreter den Rat der Volksbeauftragten. Diese Diskrepanz zwischen der SPD-Führung und ihren Kritikern von links führte im Januar zum *Spartakusaufstand* in Berlin. Der Aufruhr wurde im Auftrag der Regierung von Freikorpsoffizieren blutig niedergeschlagen, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden beim Abtransport ermordet. Durch diese Morde erteten die regierenden Sozialdemokraten aus Kreisen der Arbeiterschaft den schweren Vorwurf der Komplizenschaft mit verhängnisvollen Folgen.

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte waren zu *den Wahlen der Nationalversammlung* am 19.01.1919 auch die Frauen zugelassen, wahlberechtigt waren alle mindestens 20 Jahre alten Männer und Frauen. Die SPD erhielt 37,9 % und war damit auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien angewiesen. Sie schlossen sich mit dem *Zentrum* und der aus der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei entstandenen *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) zusammen und bildeten ein Regierungsbündnis – *die Weimarer Koalition*. Am 11. Februar

1919 wählte die Nationalversammlung Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten der Republik und legte am 22. Juni 1919 die *Weimarer Verfassung* fest.

Die Weimarer Koalition stand aber von Beginn an im ständigen Abwehrkampf gegen die Gegner der Demokratie auf den Flügeln rechts und links, die für die Auflösung der Republik zusammen operierten. Teile der USPD schlossen sich der KPD an. Die wiederholten Rebellionsversuche der Linksradiكالen mit Streiks und der Ausrufung von Räterepubliken in verschiedenen Städten und Ländern, die Revolution doch noch zu vollenden und die Reichsregierung zu zerschlagen, wurden von Freikorpsoffizieren und Reichswehreinheiten teilweise mit brutaler Gewalt zunichte gemacht. Diese massiven Einsätze, die die Regierung zur Niederwerfung von revolutionären Unruhen und kommunistischen Revolten vollzog, führten zur starken Entfremdung und Distanzierung zwischen der Arbeiterschaft und der regierenden SPD. Die Unterzeichnung des *Versailler Vertrages* am 28. Juni 1919, der in Deutschland auf einhellige Ablehnung im Volk und im Parlament stieß, entfachte eine exzessive Agitation der rechten Flügel gegen die Weimarer Parteien. Nach den Vertragsbedingungen sollte Deutschland unter anderem sämtliche Gebiets- und Kolonienverluste akzeptieren, seine Frontruppen zügig entwaffnen und die Reichswehr auf 100.000 Mann reduzieren. Besonders der *Kriegsschuld-Artikel*, in dem Deutschland die alleinige Schuld anerkennen sollte, und daraus begründete *Reparationsforderungen* lösten große Empörung aus. Die Parteien der Weimarer Koalition wurden als “Novemberverschreiber“ beschimpft und des Verrats an der Nation bezichtigt.

Die rechtsradikale Hetz-Kampagne gipfelte am 13. März 1919 im *Kapp-Putsch*. Durch den Versailler Vertrag waren die kaisertreuen Soldaten und Offiziere besonders betroffen. Sie konnten sich weder mit der Niederlage noch mit ihrer Entlassung abfinden und fürchteten um ihre Existenz. Die militanten rechten Kreise hatten sich, unterstützt von Freikorpsführern und hohen Truppenkommandeuren, zusammengeschlossen und besetzten am 13. März 1920 unter Führung des Generals von Lüttwitz in Berlin den Reichstag. Ihre Absicht war, den parlamentarisch-demokratischen Staat zu beseitigen und die Monarchie wiederherzustellen. Da die Reichswehr ihrer Pflicht zur Niederwerfung des Aufstandes nicht nachkam, wichen der Reichspräsident und die Regierung erst nach Dresden und dann nach Stuttgart aus. Der ehemalige ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp übernahm die ganze Gewalt als Reichskanzler, erklärte die bisherige Regierung für abgesetzt und die Nationalversammlung für aufgelöst. Von Dresden aus rief die Regierung die deutsche Bevölkerung zum Widerstand auf. Die Gewerkschaften proklamierten den Generalstreik, der von den Arbeitern und Angestellten in ganz Deutschland befolgt wurde. Nach vier Tagen sah

Kapp, dass es aus war. Ihm blieb nichts anderes übrig, als seinen "Rücktritt" zu erklären und nach Schweden zu fliehen.

Die ausweglose außenpolitische Situation und innenpolitische Radikalisierung erzielten eine entsprechende Wirkung. Bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 verlor die Weimarer Koalition ihre absolute Mehrheit, die sie nie wieder erreichte. Die USPD und die beiden Rechtsparteien DVP und DNVP, die Anhänger der Monarchie, erlangten dagegen starken Stimmenzuwachs. Es folgte die Bildung einer bürgerlichen Minderheitsregierung, die bis 1928 die Regierungsgewalt über das Reich besaß.

## **2. Die Krisenjahre (1921-1925)**

### **2.1 Linksradikale Gegenaktion und politische Morde**

Die rechtsradikale Agitation provozierte gleichzeitig eine linksradikale Gegenaktion und gipfelte in politischen Morden. Die ungeheuere Erregung, die der *Kapp-Putsch* in der Arbeiterschaft hervorgerufen hatte, versuchten Kommunisten für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Im Ruhrgebiet brach ein großer Aufstand der Arbeiterschaft aus, dessen Führung rasch in radikale Hände geriet. Es formierte sich eine "Rote Armee", die einige Wochen lang große Teile des Industriegebietes besetzt hielt und sich mit den von der Regierung gegen sie aufgebotenen Freikorps blutige Geflechte lieferte. Die Bevölkerung musste entsetzliche Wochen der Angst, Plünderungen und Misshandlungen durchmachen. Schließlich wurden starke Reichswehreinheiten zur Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt. Ein Bürgerkrieg spielte sich auch in Sachsen-Thüringen ab, wo bewaffnete Selbstschutzverbände der Arbeiter gegen Reichswehreinheiten und Freikorps vorgingen.

Die innenpolitische Atmosphäre und der gegenseitige politische Hass waren in den Jahren 1919-1923 so maßlos geworden, dass gewisse Kreise im Kampf gegen den politischen Gegner den Meuchelmord für erlaubt hielten. Am 26. August 1921 wurden der Zentrumsabgeordnete und Reichsfinanzminister Matthias Erzberger ermordet. Er war einer der schärfsten Gegner des übersteigerten Nationalismus. Erzberger war bei den Rechtsradikalen verhasst und wurde für die harten *Waffenstillstandsbedingungen* und für den *Versailler Vertrag* verantwortlich gemacht. Die Mörder gehörten der geheimen "*Organisation Consul*" an, die dem aus dem *Kapp-Putsch* bekannten Kapitän Ehrhardt unterstand.

Fast ein Jahr später wurde die Republik durch einen weiteren politischen Mord bedroht. Am 24. Juni 1922 wurde Außenminister Walther Rathenau brutal ermordet. Als er in Berlin von seiner Wohnung zum Auswärtigen Amt fuhr, wurde er von mehreren Attentätern mit einer Maschinenpistole erschossen. Um absolut sicher zu gehen, schleuderten sie dann noch eine

Handgranate in den Ministerwagen. Wiederum waren die Mörder Angehörige der rechtsradikalen "*Organisation Consul*". Dass Rathenau "Erfüllungspolitiker" und Jude war, genügte den rechtsradikalen Elementen, ihn zu vernichten. Dieses Verbrechen löste in ganz Deutschland große Entrüstung aus. Der eine Attentäter wurde bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet, der andere beging daraufhin Selbstmord. Der Prozess gegen mehrere Gehilfen des Meuchelmordes enthüllte die zynische Haltung, die in diesen "nationalen Kreisen" herrschte.

## **2.2 Die französische Besetzung**

Außenpolitisch bestimmte der Versailler Vertrag die Behandlung des besiegten Deutschlands. 1921 wurde die Gesamtsumme der *Wiedergutmachungsleistungen* mit 132 Milliarden Goldmark, zahlbar in 30 Jahren, festgelegt. Das Reparationsproblem stand im Vordergrund aller außenpolitischen Verhandlungen und belastete auch die Innerpolitik schwer. Die unsichere finanzielle Lage machte die Erfüllung von *Reparationsverpflichtungen* nahezu unmöglich. Die Alliierten drohten mit Sanktionen.

Infolge der Unerbittlichkeit der alliierten *Reparationsforderungen* wurde zwischen Deutschland und Sowjetrußland am 16. April 1922 der *Rapallovertrag* abgeschlossen. In diesem Vertrag, der auf deutscher Seite von Reichskanzler Wirth und Reichsaußenminister Rathenau, auf russischer Seite von Außenminister Tschitscherin unterzeichnet wurde, verzichteten beide Regierungen gegenseitig auf Ersatz ihrer Kriegskosten und Kriegsschäden. Die Weltmächte waren über das eigenmächtige Vorgehen Deutschlands empört, obgleich die deutsche Delegation versicherte, man habe keine Option für Rußland gegen den Westen vornehmen wollen. Die Bedeutung und der Wert dieses Vertrages blieben in der Innen- und Außenpolitik umstritten.

Mit Wirksamwerden des Versailler Vertrages am 10. Januar 1921 wurden bereits die linksrheinischen Gebiete Deutschlands und die Städte Köln, Koblenz und Mainz von französischen und britischen Truppen besetzt. Als die Reparationskommission Ende 1922 einen Rückstand in Holz- und Kohlelieferungen meldete, ließ der französische Ministerpräsident Poincaré am 9. Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzen. Die französischen und belgischen Truppen sollten die Arbeit der gleichzeitig entsandten Kontrollkommission, die die Reparationsleistungen überwachten, absichern. Darauf stellte die Reichsregierung die Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien ein, berief ihre Botschafter in Paris und Brüssel ab und forderte die Bevölkerung des besetzten Gebietes zum "*passiven Widerstand*" auf. Die Besetzung löste in Deutschland eine alle Parteirichtungen erfassende Welle des

Solidaritätsgefühls mit den an der Ruhr passiven Widerstand leistenden Landsleuten aus. Die Reichsregierung unterstützte die streikende Bevölkerung durch Geldzahlungen und Sachleistungen in Milliardenhöhe. Das einseitige Vorgehen der französischen Regierung wurde in Großbritannien und den USA heftig kritisiert.

Wegen der Unterstützung des Ruhrkampfes war die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches völlig erschöpft, der Wert der Mark sank schnell und drastisch. Die *Ruhrbesetzung* und *Reparationen* trieben die Inflation 1923 auf den Höhepunkt, führten zum totalen Zusammenbruch der Währung und brachten für die Mehrheit der Bevölkerung soziale Not. Die Inflation traf sowohl den bürgerlichen Mittelstand als auch die Arbeiter hart. Der Mittelstand verlor seine Rücklagen und Reichsanleihen, mit denen der verlorene Krieg finanziert war. Die umlaufende Geldmenge überstieg das Warenangebot und trieb die Preise hoch, wodurch der Arbeiter mit seinem Lohn sich nichts mehr leisten konnte.

Da die finanzielle Belastung des Reiches zu groß war, verkündete der Reichskanzler Gustav Stresemann am 26. September 1923 den *Abbruch des Widerstands*. Darin sah er den einzigen Weg zu neuen Verhandlungen mit Frankreich. Zudem war die Einheit des Reiches gefährdet, da die Versuche von Separatisten, das Rheinland aus dem Reichsverband zu lösen, von der Besatzungsmacht unterstützt wurden. Andererseits stürzten die kommunistischen Aufstände in Sachsen und Thüringen und der Konflikt des Freistaats Bayern mit der Regierung den Staat in eine gefährliche Existenzkrise. In Bayern hatten sich nach *dem Kapp-Putsch* deutschnationale völkische Verbände gebildet, die sich vom "roten" Berlin abneigten und in Bayern Sonderregelungen durchsetzen wollten. Aus einer der zahlreichen völkischen Splittergruppen hatte sich die Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP) entwickelt, dessen Führer Adolf Hitler war. Im übrigen Reich nahezu unbekannt, nahm er in Bayern zwischen Landesregierung, Reichswehr und nationalen Wehrverbänden eine Schlüsselstellung ein.

Im September verkündete die bayerische Landesregierung den Ausnahmezustand. Die Führung der in Bayern stationierten Reichswehrverbände weigerte sich, die Befehle der Reichsregierung durchzuführen. Hitler versuchte nun, die sich immer mehr zuspitzende Situation auszunutzen und die bayerische Regierung zu zwingen, mit bayerischen Truppen nach Berlin zu marschieren. Am 9. November 1923 veranstaltete Hitler gemeinsam mit dem ehemaligen kaiserlichen General Ludendorff den Marsch der nationalsozialistischen Kolonnen durch München. Dieser *Hitlerputsch* scheiterte, da die Landesregierung nicht mitmachte und die Privatarmee des rechtsradikalen Demagogen vor der Feldherrnhalle durch Polizeieinheiten auseinandertreiben ließ. Die NSDAP wurde verboten, Hitler und andere

Parteiführer wurden verhaftet. Mit dem Ende des *Hitlerputsches* wurde auch der Konflikt zwischen der bayerischen Landesregierung dem Reich beigelegt.

Nach dem Abbruch des Ruhrwiderstandes gelang es der Regierung mit der Währungsreform im November 1923 die Talfahrt der deutschen Mark zu beenden. Aufgrund eines Ermächtigungsgesetzes wurde per Regierungsverordnung eine Rentenbank errichtet, die ab dem 15. November 1923 als neues Zahlungsmittel die *Rentenmark* herausgab. Zur Deckung der neuen stabilen Währung wurde der industrielle und landwirtschaftliche Grundbesitz herangezogen. Durch Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen füllten sich die Staatskassen rasch wieder, die Wirtschaft erholte sich schnell. Im Oktober 1924 wurde die endgültige Währung, die *Reichsmark*, eingeführt.

Trotz der Erfolge wurde Stresemann wegen seiner Politik stark kritisiert. Die Deutschnationalen attackierten ihn wegen des Abbruchs des Ruhrkampfes, die SPD war wegen der unterschiedlichen Behandlung der Landesregierungen in Sachsen/Thüringen und in Bayern unzufrieden. So scheiterte er bei den Wahlen vom 23.11.1923 als Reichskanzler, blieb aber bis zu seinem Tod am 3. Oktober 1929 in allen folgenden Kabinetten Außenminister.

### **3. Die Zeit der wirtschaftlichen Erholung und der politischen Konsolidierung bis zur Weltwirtschaftskrise (1924-1929)**

Mit dem *Abbruch des Ruhrkampfes* am 26. September 1923 und der gelungenen Währungsneuordnung im November 1923 unter der Kanzlerschaft Gustav Stresemanns begann eine Phase der wirtschaftlichen Erholung und der politischen *Konsolidierung*. Die Siegermächte erkannten, dass in Deutschland die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Erfüllung der alliierten *Reparationsforderungen* nicht gegeben waren. Eine Welle von Konferenzen und Plänen versuchte daher, die Lösung des Reparationsproblems voranzutreiben, das die deutsche Innen- und Außenpolitik jahrelang beherrschte. Durch Einsatz ausländischer Investitionskredite wurde die Modernisierung der deutschen Produktionsstätten ermöglicht und eine Erholung der deutschen Wirtschaft eingeleitet. Reallöhne, Produktions- und Exportzahlen erreichten um 1926 wieder den Vorkriegsstand oder übertrafen ihn.

Die Erfolge in der Außenpolitik von Gustav Stresemann stärkten die Stellung des Reiches, milderten die Folgen des verlorenen Krieges und brachen die Isolierung Deutschlands auf. Das Reparationsproblem wurde mit der Unterstützung der Amerikaner im *Dawesplan* von 1924 neu geregelt und mehr auf die deutschen wirtschaftlichen Möglichkeiten abgestimmt. Die Verträge von *Locarno* 1925 führten Deutschland als gleichberechtigten Partner in den

Kreis der europäischen Großmächte zurück. Zugleich wurde die Aussöhnung mit dem französischen Nachbarn eingeleitet. Nach der Räumung des Ruhrgebiets im Juli 1925 verließen die französischen Truppen auch die Kölner Zone. Am 9.12.1926 folgte die Aufnahme Deutschlands in den *Völkerbund*. 1926 wurden den Außenministern Stresemann und Briand der Friedensnobelpreis verliehen. Beide spielten beim Zustandekommen des *Kellogg-Paktes* am 27. August 1928 eine maßgebliche Rolle, mit dem der Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfälle verurteilt wurde.

Die Außenpolitik konnte jedoch die Dynamik des extremen Nationalsozialismus im Inneren nicht auffangen. Nach Eberts Tod 1925 wurde der Kandidat der Rechten, der überzeugte Monarchieanhänger und ehemalige Feldmarschall Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Dieses Wahlergebnis kennzeichnete die Kontinuität der obrigkeitstaatlichen Kräfte und machte deutlich, dass die Republikaner sich in der Minderheit befanden. Damit war eine klare Wendung der Mehrheit des deutschen Bürgertums nach rechts vollzogen. Die ehemals herrschenden konservativen und militärischen Kreise waren zu erhöhtem Einfluss gelangt. Viele in der Bürokratie, vor allem im Heer und der Justiz, standen der Republik ablehnend gegenüber. Monarchistisch eingestellte Richter entschieden 1926 im Rechtsstreit des Reiches mit den Fürsten meist zugunsten der Letzteren. Auseinandersetzungen mit der Reichswehr belasteten die Innenpolitik zusätzlich.

Im Juli 1927 wurde das Gesetz über die "Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" beschlossen, nach dem jeder Arbeitslose ein gesetzlich festgelegtes Recht auf Unterstützung besaß. Die Reichstagswahl vom Mai 1928 brachte für die Republik noch einmal ein günstiges Ergebnis. Die SPD trat in die Regierung ein und es wurde eine große Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller-Franken gebildet. Aber zwischen den Koalitionsparteien herrschten erhebliche Differenzen in der Wehr- und Wirtschaftspolitik. Im Gegenzug zur Zustimmung des als Regelung der Reparationsfrage gedachten *Youngplanes* von 1929 hatten die Alliierten Deutschland die endgültige *Rheinland-Räumung* zum 30. Juni 1939 zugesagt. Die Annahme dieses Planes führte zu verschärften und aggressiven Agitationen der rechtsradikalen Kräfte gegen die Politiker, die den *Youngplan* unterstützt und unterschrieben hatten. Wie verabredet wurden die Rheinlande vorzeitig, fünf Jahre vor der im Versailler Vertrag gesetzten Frist, geräumt.

Der Zusammenbruch der New Yorker Börse am "Schwarzen Freitag", dem 25. Oktober 1929, verursachte eine internationale Finanzkrise. Sie wurde durch übermäßige industrielle Investitionen und Aktienkäufe und durch die Überproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen ausgelöst. Der daraufhin schlagartig einsetzende Abzug kurzfristiger

amerikanischer Kredite führte in Europa und besonders in Deutschland zu einer wirtschaftlichen Katastrophe. Es folgten Investitionsrückgänge, Produktionseinstellungen, Firmenzusammenbrüche und Massenarbeitslosigkeit.

#### **4. Die Weltwirtschaftskrise und das Ende der Weimarer Republik (1929-1933)**

Der letzte Abschnitt der Geschichte der Republik ist einerseits durch die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und der sprunghaft ansteigenden Arbeitslosenzahlen und andererseits durch die fortschreitende Auflösung der demokratischen Fundamente gekennzeichnet. Die Weltwirtschaftskrise, die seit 1929 das deutsche Wirtschaftsleben völlig lähmte, weitete sich zu einer gefährlichen Staatskrise aus und ließ die Zahl der Arbeitslosen im Februar 1930 auf 3,5 Millionen ansteigen. Die radikalen Parteien und Republikgegner auf den linken und rechten Flügeln blockierten zunehmend eine stabile demokratische Mehrheitsbildung. Sie nutzten die allgemein verbreitete miserable Stimmung zu einer skrupellosen Hetze gegen die angeblich Verantwortlichen im Kreis der Weimarer Parteien und der Regierung aus und beschuldigten sie, völlig versagt zu haben. Die bürgerlich-demokratischen Parteien zersplitterten und verloren stetig Anhänger. Die radikalen Republikgegner von rechts und links erhielten starken Zulauf aus den Reihen der enttäuschten Arbeitslosen.

Aufgrund ihrer Sozialpolitik geriet die Regierung unter Reichskanzler Müller-Franken zunehmend in Konfrontation zur Industrie. Um die Leistungen der Arbeitslosenversicherung beizubehalten, forderten die Gewerkschaften eine Erhöhung der Beiträge. Davon sollte je die Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Dies wurde aber von der Industrie abgelehnt. Da es zu keinem Kompromiss gekommen war, trat das Kabinett Müller-Franken am 27. März 1930 zurück.

Die Unfähigkeit des Reichstages, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, führte am 29. März 1930 dazu, dass Reichspräsident Hindenburg eine neue Regierung ohne Bindung an Parteien und Parlament berief und zum Reichskanzler den Zentrumspolitiker und Finanzfachmann Heinrich Brüning ernannte. Am 18. Juli 1930 wurde der Reichstag aufgelöst. Damit wurde das parlamentarische System aufgelöst und ein autoritäres *Präsidialregime* gebildet. Der Reichskanzler regierte mit einem System von Notverordnungen, die ihn vom Parlament unabhängig machten. Die Vielfältigkeit seiner sich aus der Verfassung konstruierenden Rechte ließ den Reichspräsidenten zu einer politisch dominierenden Schlüsselfigur gegenüber dem Parlament werden, in dem Mehrheitsbeschlüsse nicht mehr erfolgten. Angesichts der Schwäche des Parlaments und der Abhängigkeit des Kanzlers allein

vom Vertrauen des Reichspräsidenten näherte sich das Weimarer System der vorrepublikanischen Regierungstaktik während der Kaiserzeit.

Brünings Regierung schaffte weder die wirtschaftliche Krise noch die inneren Gegensätze im Land zu mildern. Ihr ergebnisloses Wirken führte zu einer Abwertung des Weimarer Systems, was den Radikalen auf beiden Seiten, der KPD und insbesondere der NSDAP, zugute kam. Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 brachten der NSDAP den ersten sensationellen und aufsehenerregenden Stimmengewinn von bisher 12 auf 107 Reichstagsmandate. Brüning regierte weiterhin durch wirtschafts- und finanzpolitische Notverordnungen mit dem Hauptziel, ein Ende der Reparationszahlungen zu erreichen. Durch Kreditbeschränkungen und Abbau der Löhne und Gehälter versuchte er aber vergeblich die furchtbare Wirtschaftskrise zu überwinden. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Januar 1931 auf 4,9 Millionen gestiegen war, erreichte im Winter 1931/32 den Höchststand mit 6,042 Millionen. Dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt folgten die Zahlungseinstellungen der Darmstädter Nationalbank. Ein panikartiger Sturm auf alle deutschen Geldinstitute führte vorübergehend zu einer Schließung aller Banken, Sparkassen und Börsen.

Die Wirtschaftskrise war für die betroffene Bevölkerung eine Frage des nackten physischen Überlebens. Not und Hoffnungslosigkeit bereiteten den Boden für die demagogischen Parolen der links- und insbesondere rechtsradikalen Parteien. Als der von Brüning und seinem Außenminister verfolgte Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion im Haager internationalen Gerichtshof scheiterte, lieferte dieser außenpolitische Misserfolg der nationalsozialistischen und deutschnationalen Opposition neues Hetzmaterial.

Im Kampf gegen die Weimarer Republik schlossen sich die Nationalsozialisten am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg mit den Deutschnationalen, dem *Stahlhelm* – Bund der Frontsoldaten – und weiteren nationalsozialistischen Verbänden zur sogenannten *“Harzburger Front“* zusammen. Mit gewaltigen Aufmärschen ihrer paramilitärischen Verbände und aggressiven Reden ihrer Führer Hugenberg und Hitler gegen die Republik wollten sie ihren Kampfeswillen und ihre unerbittliche Entschlossenheit demonstrieren. Damit hoffte man auch bei Hindenburg Eindruck zu machen.

Bei der Reichspräsidentenwahl im April 1932 stellten die Nationalsozialisten ihren Führer Hitler gegen den amtierenden Präsidenten auf. Hindenburg wurde für eine weitere Amtsperiode wiedergewählt, jetzt allerdings mit den Stimmen der Parteien der bürgerlichen Mitte und der Sozialdemokraten. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten stimmten jedoch für Hitler. Hindenburg war sehr enttäuscht, dass seine Gesinnungsgenossen und die

traditionell nationalen Kreise gegen ihn gestimmt hatten. Es war ihm peinlich, dass seine Wahl nur mit Hilfe seiner einstigen Gegner ermöglicht wurde. Obwohl Brüning sich hartnäckig für Hindenburg engagierte und zu dessen Wiederwahl ganz wesentlich beisteuerte, wurde er vom Reichspräsidenten für diese "verkehrte Frontstellung" bei der Wahl verantwortlich gemacht. Diese Umstände und die Tatsache, dass der Reichskanzler den Interessen der ostelbischen Großgrundbesitzer im Weg stand, veranlassten Hindenburg, ihn fallen zu lassen.

Zu Brünings Nachfolger ernannte der Reichspräsident am 1. Juni 1932 Franz von Papen, der das sogenannte "*Kabinett der Barone*" bildete. Mittelpunkt seiner Reformpläne waren die Entmachtung des Parlaments und eine Änderung des Wahlrechts. Um den Nationalsozialisten den Weg zur Macht in Preußen zu verhindern, gelang von Papen am 20. Juli 1932 die kampflose Übernahme in Preußen. Seit 1920 hatte dort eine Regierung nach dem Muster der Weimarer Koalition unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun bestanden. Erst in den Landtagswahlen im April 1932 verlor sie ihre parlamentarische Mehrheit. Von Papen ließ unter Anwendung militärischer Gewalt die bisherige preußische Regierung Braun für abgesetzt erklären und übernahm als Reichskommissar die Regierungsgeschäfte.

Das von der Regierung Brüning am 13. April 1932 erlassene Verbot der SA und SS, das dessen zunehmenden Radikalismus auf den Straßen blockieren sollte, konnte den weiteren Massenzulauf zur NSDAP nicht verhindern. Kurz nach dem Sturz Brünings wurde diese Anordnung wieder aufgehoben. Dank ihrer massiven Propaganda erzielten die Nationalsozialisten bei der Wahl vom 31. Juli 1932 37, 2% und waren damit die weitaus stärkste Fraktion. Durch einen derartigen Stimmengewinn forderte Hitler jetzt selbstverständlich die ganze Regierungsgewalt für sich, was aber von Hindenburg abgelehnt wurde. Als Folge schlugen die Nationalsozialisten den Wechsel zu einer harten Opposition gegen die Reichsregierung ein. Es folgte der ausufernde Straßenterror der SA. Um gegen die bürgerkriegsähnlichen Zustände einzugreifen, hatte von Papen in einer Verordnung als verschärfte Strafdrohung für politischen Terror und Gewalttaten die Todesstrafe festgesetzt.

Zwar brachten die erneuten Reichstagswahlen vom 6. November 1932 den Nationalsozialisten einen Rückgang der Mandate von 230 auf 196, dennoch blieben diese aber stärkste Partei. Von Papens Absicht, die "Staatsreformpläne" gewaltsam durchzusetzen und eine gemeinsame national-sozialistische Revolte mit Hilfe der Reichswehr niederzuschlagen, wurde vom Reichswehrminister von Schleicher ablehnt. Der Reichskanzler wurde entlassen und zu seinem Nachfolger am 3. Dezember 1932 General von Schleicher berufen.

Den Reichskanzlern, sowohl von Papen als auch von Schleicher, gelang es nicht eine konstruktive Politik durchzuführen, mit der sie die Massenbewegung der Nationalsozialisten hätten stoppen oder deren Führer Adolf Hitler in ihre Regierung einbinden können. Von Schleichers Plan einer Spaltung der NSDAP, um Hitler von der Macht fernzuhalten, schlug fehl. Auch seine Verhandlungen mit den Mittelparteien und der SPD führten zu keinen greifbaren Ergebnissen. Seine Absicht, mit einem umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprogramm alle sozialreformerischen Kräfte gegen die Massenarbeitslosigkeit zu mobilisieren, wurde von den Interessenverbänden der Unternehmer und Grundbesitzer nicht unterstützt. So musste von Schleicher am 28. Januar 1933 von seinem Reichskanzleramt zurücktreten.

Hindenburg zögerte lange Hitler als Kandidaten für den Kanzlerposten überhaupt anzuerkennen. Erst durch den Druck der mächtigen und ihm nahestehenden konservativen Interessenverbände wie Großindustrie, Großagrarier und Hochfinanz – die alten monarchischen Eliten – beugte er sich und akzeptierte Hitlers Kanzlerschaft. Am 30. Januar 1933 ernannte er Hitler zum Reichskanzler.

Als der Reichspräsident den Führer der NSDAP Adolf Hitler zum Reichskanzler berief, hatte die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik längst aufgehört zu funktionieren. Das schon Jahre vorher praktizierte präsidiale Regierungssystem bot Hitler geradezu die Gelegenheit, die er rigoros zu nutzen verstand. Formal gesehen, war die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, die von der NS-Propaganda als *“Machtergreifung“* gefeiert wurde, ein legaler Regierungswechsel im Präsidialregime. Dieser hatte jedoch rasch die endgültige Auslöschung der demokratischen und rechtsstaatlichen Weimarer Verfassungsordnung zur Folge. Durch die Mitwirkung am *“Tag von Potsdam“* hat Hindenburg zur Festigung und Legitimation des NS-Regimes beisteuert. Nach seinem Tod am 2. August 1934 übernahm Hitler selbst das Amt des Staatsoberhauptes.